

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 23. Januar 2026, Az.: STM61-0123-6/4/4:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 4. Quartal 2025.

Haßler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
4. Quartal 2025

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Vorsitz der Europaministerkonferenz (EMK)	2
Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)	3
II. Laufende europapolitische Themen	4
Bundesrat	4
Ausschuss der Regionen (AdR)	4
Mehrjähriger Finanzrahmen 2028-2034	5
Europapolitische Gespräche und Veranstaltungen	6
Asien-Pazifik-Leitlinien des Landes beschlossen	9
Dynamischer Europapool	10
Europaöffentlichkeitsarbeit	10
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	12
Frankreich	12
Makroregionale Strategien	12
Vier Motoren für Europa	14
Interreg Oberrhein	14
Interreg ABH	15
IV. Entwicklungspolitik	15

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Die europapolitischen Schwerpunkte im 4. Quartal 2025 bildeten die zweite Sitzung der Europaministerkonferenz (EMK) unter baden-württembergischen Vorsitz in Brüssel und der Abschluss des baden-württembergischen Vorsitzes der Internationale Bodensee-Konferenz (IBK).

Vorsitz der Europaministerkonferenz (EMK)

Am 11./12. Dezember 2025 fand die 99. Sitzung der Europaministerkonferenz (EMK) in Brüssel statt. Schwerpunktthemen waren der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2028-2034, Kohäsionspolitik, Desinformation, die gemeinsame EU-Außenhandelspolitik sowie Vereinfachung und Bürokratieabbau für eine wettbewerbsfähige Industriepolitik. Zu den Themen „Zukunft der gemeinsamen EU-Außenhandelspolitik“ und „Vereinfachung der europäischen Regulierung und Bürokratieabbau für eine wettbewerbsfähige Industriepolitik“ wurden einstimmige Beschlüsse gefasst. Der MFR wurde mit den zuständigen Mitgliedern des Europäischen Parlaments Carla Tavares (S&D), Siegfried Mureşan (EVP) und Rasmus Andresen (Die Grünen/EFA) diskutiert. Bei einem politischen Kamin tauschten sich die Europaministerinnen und Europaminister der Länder über die Lage der Europäischen Union mit Botschafter Thomas Ossowski, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, aus. Herr Gesandter Dr. Jan Grünhage, Stellvertretender Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, hielt eine Rede zur Positionierung der EU im Kontext aktueller geo- und sicherheitspolitischer Herausforderungen.

Der Beschluss zur Zukunft der gemeinsamen EU-Außenhandelspolitik betont die zentrale Bedeutung eines regelbasierten, fairen und diversifizierten Welt-handelssystems für Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftssicherheit und regionale Wertschöpfung in der EU. Er unterstützt die Stärkung der WTO, den Abschluss neuer Freihandelsabkommen, strategische Partnerschaften sowie den Schutz industrieller Kernsektoren, kritischer Rohstoffe und fairer Wettbewerbsbedingungen. Zugleich hebt die EMK darin die Rolle der Regionen, nachhaltiger Handelsinstrumente und der Einbindung von Klima-, Sozial- und Verbraucherstandards hervor. Impulse zum Thema gab es von Bernd Biervert, dem Kabinettschef von Kommissar Maroš Šefčovič.

Mit dem Beschluss zu Vereinfachungen der europäischen Regulierung und zum Bürokratieabbau betont die EMK die zentrale Bedeutung von Wettbewerbsfähigkeit, des Binnenmarkts und von innovationsfreundlicher Industriepolitik für den Wohlstand und die strategische Handlungsfähigkeit der EU. Da-

bei werden ein konsequenter Bürokratieabbau, eine kohärente und verhältnismäßige Rechtsetzung sowie die Stärkung und Vollendung des Binnenmarktes, insbesondere zugunsten von KMU, unterstützt. Zudem fordert die EMK eine stärker wachstumsorientierte Politik, praxisnahe Folgenabschätzungen, digitale und einfache Förderinstrumente sowie eine strukturelle Vereinfachung der EU-Regulierung nach dem Prinzip „Weniger ist mehr“. Zu diesem Thema gab es einen Austausch mit Kerstin Jorna, Generaldirektorin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU in der Europäischen Kommission.

Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)

Am 10. Oktober 2025 nahm Staatssekretär Florian Haßler an der 64. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodenseekonferenz (IPBK) teil. Er berichtete über die inhaltlichen Schwerpunkte und Aktivitäten des Landes während des Vorsitzjahres 2025. Die dritte und letzte Sitzung des Ständigen Ausschusses im baden-württembergischen Vorsitzjahr fand am 24. Oktober 2025 in Stuttgart statt. Im Mittelpunkt stand die inhaltliche Vorbereitung der IBK-Regierungschefkonferenz im Dezember 2025. Zudem wurde ein gemeinsames Schreiben an Kommissarin Jessika Roswall beschlossen, in dem eine Ausnahmeregelung für die Schweiz hinsichtlich des EU-Abfallverbringungsverbotes in Drittländer gefordert wird.

Den Abschluss des Vorsitzjahres bildete die 46. IBK-Regierungschefkonferenz am 5. Dezember 2025 in Friedrichshafen. Die Regierungschefs befassten sich mit der mittelfristigen strategischen Planung, wobei die „Nachhaltige Mobilität über Grenzen“ auch in den kommenden Jahren im Fokus stehen soll. So soll etwa die Nutzung von erneuerbaren Kraftstoffen am Bodensee unterstützt werden. Auch die Verlängerung der Verwaltungsakademie Vierländerregion Bodensee wurde beschlossen. Darüber hinaus diente die Konferenz dem Austausch zum Vertragspaket zwischen der Schweiz und der EU. Zentrales Ergebnis der Sitzung war die einstimmige Verabschiedung der Friedrichshafener Erklärung. Darin bekennen sich die IBK-Mitglieder vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen, energiepolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu einer vertieften Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Bodenseeregion als starken europäischen Innovations-, Wirtschafts- und Lebensraum nachhaltig zu sichern. Den Abschluss der Konferenz bildete die Übergabe des Vorsitzes, symbolisch in Form eines Steuerrads, an den Kanton Zürich. Für das Jahr 2026 plant Zürich, den Schwerpunkt in der IBK auf die grenzüberschreitende Nachbarschaft sowie auf Zukunftsbilder der IBK für das Jahr 2050 zu legen.

II. Laufende europapolitische Themen

Bundesrat

16-Länderantrag unter Vorsitz von Baden-Württemberg sowie der Antrag von Baden-Württemberg und Hamburg zu Drs. 333/25

In der 1059. Sitzung des Bundesrats am 21. November 2025 haben die Länder umfangreich zum Vorschlag der Europäischen Kommission für den MFR 2028-2034 und den betreffenden Sektor-Verordnungen Stellung genommen. Baden-Württemberg hat sich in die Stellungnahme zur MFR-Dachverordnung erfolgreich mit eigenen Anträgen eingebracht: Unter dem Vorsitz Baden-Württembergs wurde in der EMK ein 16-Länderantrag von Baden-Württemberg eingebracht, der die Kritik der Länder an den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen (NRPP) zu Lasten der Länder in der Kohäsionspolitik zum Ausdruck bringt. In einem weiteren gemeinsamen Antrag mit der Hansestadt Hamburg hat Baden-Württemberg die Bedeutung der Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und des Festhaltens am Exzellenzprinzip erfolgreich in den Beschluss eingebracht.

Erfolgreicher Antrag von Baden-Württemberg zu Drs. 460/25

Zudem wurde bereits im Ausschuss für Fragen der EU des Bundesrates der Ergänzungsantrag Baden-Württembergs zur NRPP-Verordnung (Drs. 460/25) mit der Forderung nach einer rechtlichen Absicherung der Rolle der Regionen in den Rechtsakten des nächsten MFR einstimmig angenommen.

Ausschuss der Regionen (AdR)

Vom 13. bis 15. Oktober 2025 nahm Staatssekretär Florian Haßler an der 168. Plenartagung und am 10./11. Dezember 2025 an der 169. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel teil.

Die 168. Plenartagung fand im Rahmen der Europäischen Woche der Städte und Regionen statt. Der AdR verabschiedete u.a. eine Initiativstellungnahme zur „Stärkung der territorialen Dimension der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz“, bei deren Erstellung sich Staatssekretär Haßler mit mehreren Vorschlägen einbrachte. Der AdR betonte in der Stellungnahme die Bedeutung der engen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den europäischen Regionen und den Schweizer Kantonen sowie die institutionalisierten Kooperationsstrukturen am Beispiel der Internationale

Bodensee-Konferenz. Des Weiteren hob der AdR die Bedeutung der Forschungs- und Wissenschaftszusammenarbeit heraus, begrüßte die vollständige Teilnahme der Schweiz bei Horizon Europe und setzte sich für eine strukturierte Zusammenarbeit mit der Konferenz der Kantonsregierungen ein.

Zudem verabschiedete der AdR bei der 168. Plenartagung eine Resolution zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission über den MFR 2028-2034. Der AdR drückte dabei seine Sorge über die Zentralisierung des MFR aus und bekräftigte die Rolle der Regionen, insbesondere bei den NRPP.

Bei der 169. Plenartagung stand ebenfalls der MFR-Vorschlag im Fokus. In der deutschen Delegation fand ein Austausch mit Dr. Michael Meister, Staatsminister im Bundeskanzleramt, statt. Im Plenum gab es eine Debatte mit den Berichterstattern des Europäischen Parlaments Siegfried Mureşan und Carla Tavares. Zudem verabschiedete das Plenum eine Stellungnahme zum Aktionsplan für den KI-Kontinent.

Niklas Nüssle MdL wurde als stellvertretendes AdR-Mitglied benannt.

Mehrfähriger Finanzrahmen 2028-2034

In Brüssel laufen die Diskussionen zum MFR auf Hochtouren. Die dänische Ratspräsidentschaft konnte im Dezember 2025 eine erste Verhandlungsbox einreichen. Um auf die konkreten Themen in den Verhandlungen einzugehen, legte die Landesregierung ein neues Positionspapier im Dezember vor. Wesentliche Anliegen der Landesregierung beziehen sich auf den Europäischen Wettbewerbsfonds ECF, die Eigenständigkeit des Forschungsrahmenprogramms, die Vergabe von Mitteln nach dem Exzellenzprinzip, eine ausreichende Mittelausstattung, Fokussierung auf Schlüsseltechnologien, Definition Verteidigungsindustrie sowie eine praxisnahe Ausgestaltung des ECF und einfache Antrags- und Genehmigungsverfahren. Im Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) fordert die Landesregierung, dass die Programmplanung und -verantwortung weiterhin auf regionaler Ebene stattfindet, Transformationsregionen in der Mittelzuweisung berücksichtigt werden und es gesicherte Budgets für die Agrar- und Kohäsionspolitik sowie LIFE und Interreg geben muss.

Europapolitische Gespräche und VeranstaltungenDeutsch-Indische Wirtschaftskonferenz „News9 Global Summit“ und 10-jähriges Jubiläum der Landespartnerschaft mit Maharashtra

Am 9./10. Oktober 2025 brachte der News9 Global Summit in Stuttgart hochrangige Entscheidungsträger aus Deutschland und Indien zusammen. Der Gipfel wurde von Ministerpräsident Winfried Kretschmann eröffnet und vom größten indischen Medienhaus TV9 Network zusammen mit seinem Partner, dem VfB Stuttgart, und mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg veranstaltet. Beiträge gab es unter anderem von Außenminister Johann Wadephul, dem Ministerpräsidenten des indischen Bundesstaates Maharashtra, Devendra Fadnavis, und mehreren Mitgliedern der Landesregierung. Staatssekretär Florian Haßler, der Geschäftsführer von TV9, Barun Das, und VfB-Vorstand Rouven Kasper begrüßten rund 200 Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Sport, die sich zu zentralen Themen der deutsch-indischen strategischen Partnerschaft, zum Handel zwischen der EU und Indien sowie zu Sicherheit, Innovation und Digitalisierung berieten und Beispiele für die erfolgreiche Zusammenarbeit austauschten. Zudem diente der Gipfel als Plattform für das 10-jährige Jubiläum der Landespartnerschaft mit Maharashtra sowie für B2B-Gespräche und das Standortmarketing für den Innovationstandort Baden-Württemberg.

Im Jubiläumsjahr 2025 konnte die erfolgreiche Landespartnerschaft mit Maharashtra weiter ausgebaut werden. Nachdem Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegationsreisen Anfang des Jahres die bilaterale Zusammenarbeit weiter stärkten, konnte auch die 2024 begründete Fachkräftezusammenarbeit weiter intensiviert werden. Insbesondere im Rahmen der am 5. Dezember 2025 in Mumbai unterzeichneten Absichtserklärung mit dem Ministerium für medizinische Ausbildung, die den Ausbau direkter Kooperationen zwischen Einrichtungsträgern und Ausbildungsstätten in Baden-Württemberg und Maharashtra mit dem Ziel der nachhaltigen und langfristigen Fachkräftegewinnung im Pflegebereich vorsieht. Der Bundesstaat Maharashtra mit rund 114 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern trägt den größten Anteil zum Bruttoinlandsprodukt Indiens bei und gilt als wichtiger Standort für Industrie, Wissenschaft und Forschung sowie medizinische Ausbildung in Indien.

Veranstaltung „Das Abkommenspaket EU-Schweiz: Regionale und kantonale Perspektiven“

Am 14. Oktober 2025 fand auf Einladung von Staatssekretär Haßler zusammen mit der Konferenz der Kantonsregierungen eine Veranstaltung in Brüssel zum

Thema „Das Abkommenspaket EU-Schweiz: Regionale und kantonale Perspektiven“ statt. Die Veranstaltung fand unter anderem vor dem Hintergrund der AdR-Stellungnahme „Stärkung der territorialen Dimension der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz“ von Berichterstatter Matteo Bianchi statt, die am 15. Oktober 2025 im AdR-Plenum verabschiedet wurde. Neben der Begrüßung durch Staatssekretär Haßler hielt Richard Szostak, Direktor für west-europäische Partner im Generalsekretariat der Europäischen Kommission, Chefunterhändler der EU für das EU-CH-Vertragspaket, eine Keynote-Rede. Auf dem Panel diskutierten Dr. Andreas Schwab MdEP (EVP), Vorsitzender der Delegation für die Zusammenarbeit im Norden und für die Beziehungen zur Schweiz und zu Norwegen, Markus Wallner (EVP), Landeshauptmann von Vorarlberg und AdR-Mitglied, Pierre Oliver (EVP), Regionalrat der Region Auvergne-Rhône-Alpes, Matteo Bianchi (EKR), Mitglied des Gemeindevausschusses von Morazzone (Varese, Lombardei) und AdR-Berichterstatter zu den EU-CH-Beziehungen und Norman Gobbi (Lega/SVP), Regierungspräsident vom Kanton Tessin.

Bilaterale Gespräche von Ministerpräsident Kretschmann in Brüssel

Im Rahmen seines Arbeitsbesuches in Brüssel am 4./5. November 2025 sprach Ministerpräsident Kretschmann mit der Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Henna Virkkunen (Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie), Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission Raffaele Fitto (Kohäsion und Reformen), Kommissar Wopke Hoekstra (Klima, Netto-Null-Emissionen und sauberes Wachstum), dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, der Ko-Vorsitzenden der Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Terry Reintke, sowie mit dem deutschen Ständigen Vertreter bei der EU, Botschafter Thomas Ossowski. Im Rahmen dieser Gespräche standen die Themen Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft der Automobilwirtschaft, sauberes Wachstum und Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sowie der MFR 2028-2034 im Mittelpunkt. Im Rahmen eines Runden Tisches diskutierte Ministerpräsident Kretschmann das Thema Verteidigungswirtschaft und Forschung mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Europäischen Kommission, der deutschen Ständigen Vertretung bei der NATO und Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft und Forschung aus Baden-Württemberg.

Europa Power Conference am 26. November 2025 in Straßburg

Am 26. November 2025 nahm Staatssekretär Florian Haßler auf Einladung der Region Grand Est an der Europa Power Conference in Straßburg teil. Sie stand unter der Schirmherrschaft des französischen Präsidenten Emanuel Macron. In seiner Keynote-Rede zum Thema die Rolle der Regionen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im europäischen Mehrebenensystem zeigte er anhand verschiedener Beispiele aus Baden-Württemberg, welche Möglichkeiten Regionen haben, Einfluss auf europäischer Ebene auszuüben, wie sich Regionen aktiv als Impulsgeber für die europäische Politikgestaltung einbringen können und welche Rolle die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die europäische Integration spielt. Die Keynote-Rede war eingebettet in eine Panel-Diskussion mit dem Präsidenten der Region Grand Est, Franck Leroy, dem Präsidenten der Collectivité européenne d'Alsace, Frédéric Bierry, der Vizebürgermeisterin der Stadt Straßburg, Véronique Bertholle und der ehemaligen Präsidentin des Ausschusses der Regionen, Mercédès Bresso.

Deutsch-Rumänisch-Moldauische Wirtschaftskonferenz und Gemischte Regierungskommissionen mit Rumänien und der Republik Moldau

Ministerpräsident Winfried Kretschmann eröffnete am 27. November 2025 die hochkarätig besetzte Wirtschaftskonferenz der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer gemeinsam mit der rumänischen Vize-Premierministerin Oana-Clara Gheorghiu, dem Vize-Premierminister der Republik Moldau, Eugen Osmochescu sowie zahlreichen hochrangigen Ministern aus beiden Ländern. Vor rund 300 Teilnehmern aus Politik und Wirtschaft betonte Ministerpräsident Kretschmann, dass der Donauraum, der zentral ist für die europäische Sicherheit und Stabilität, auch erhebliche Chancen für die Wirtschaft bietet. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch trilaterale Wirtschaftskooperation und Innovation, Energiesicherheit und grüne Transformation sowie Sicherheit und Verteidigungswirtschaft.

Im Rahmen der Konferenz fand die Kick-off Sitzung der Gemischten Regierungskommission zwischen Baden-Württemberg und der Republik Moldau unter Leitung der beiden Co-Vorsitzenden, Staatssekretär Haßler und Vize-Premier Osmochescu, statt. Auf der Agenda, der auf Initiative von Staatssekretär Haßler begründeten Regierungskommission, standen dabei unter anderem Kooperationen auf wirtschaftlicher Ebene sowie die Intensivierung der Zusam-

menarbeit in der Energiepolitik und der Landwirtschaft. Dabei bietet der angestrebte EU-Beitritt Moldaus, der von Baden-Württemberg unterstützt wird, neue Perspektiven.

Am 28. November 2025 traf sich die Gemischte Regierungskommission mit Rumänien zu ihrer 10. Sitzung unter dem Co-Vorsitz von Staatssekretär Haßler und dem rumänischen Minister für Wirtschaft, Digitalisierung, Unternehmertum und Tourismus, Radu-Dinel Miruță. Ziel des Landes ist es, die enge Zusammenarbeit mit Rumänien angesichts geopolitischer Herausforderungen und der fortschreitenden Transformation weiter zu intensivieren. Die inhaltlichen Schwerpunkte für die nächsten beiden Jahren liegen unter anderem auf der Außenwirtschaftsförderung und neuen Technologien, bei der Cybersicherheit und der Verteidigungsindustrie sowie der Energie- und Klimapolitik.

Asien-Pazifik-Leitlinien des Landes beschlossen

Mit der Veröffentlichung der Asien-Pazifik-Leitlinien („Baden-Württemberg in der Asien-Pazifik-Region: Leitlinien zur Diversifizierung und Stärkung von Kompetenzen“) bekräftigt das Land sein Engagement für die Zusammenarbeit mit der wachstumsstarken Asien-Pazifik-Region. Ziel ist es, die Beziehungen des Landes in die Region auszubauen, Wirtschafts- und Wissenschaftsverbindungen zu diversifizieren und die Asienkompetenz der hiesigen Akteure zu stärken. Die Leitlinien sehen im bestehenden außenpolitischen Rahmen eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Zusammenarbeit mit der Asien-Pazifik-Region gezielt zu fördern und die Asienkompetenz auszubauen. Dazu gehören beispielsweise die Nutzung bestehender Landespartnerschaften mit China, Japan und Indien, die vier Auslandsbüros des Landes in der Region und der Ausbau der Zusammenarbeit mit der Republik Korea und den Staaten der ASEAN in Südostasien (Association of Southeast Asian Nations). Mit Internationalisierungsmaßnahmen soll die Asien-Pazifik-Region verstärkt in den Fokus genommen werden, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen beim Markteintritt zu unterstützen. Zudem soll das hohe Fachkräftepotential der Asien-Pazifik-Region noch stärker genutzt werden. Ein wichtiges Ziel ist es, einseitige Abhängigkeiten im Gesundheitsbereich und bei Chips und Batterien zu verringern. Zudem setzt sich Baden-Württemberg für den Abschluss weiterer Energie- und Rohstoffabkommen der EU mit Drittstaaten ein. Vorgesehen ist, die Wissenschaftskooperation mit innovationsstarken Ländern in der Asien-Pazifik-Region bewusst zu gestalten und weiter auszubauen. Dafür steht beispielhaft die 2024 geschlossene strategische Partnerschaft des KI-Innovationscam-

pus Cyber Valley mit der Universität Tokyo und der Ausbau der Zusammenarbeit mit der Republik Korea. Über das Hochschulstandortmarketing sollen internationale Studierende aus der Asien-Pazifik-Region gewonnen und die herausragende asienwissenschaftliche Expertise an den baden-württembergischen Hochschulen und die Studierendenmobilität gestärkt und besser sichtbar gemacht werden. Zudem sehen die Leitlinien den Aufbau einer Asien-Pazifik-Dialogreihe vor, die als Plattform für Austausch und Vernetzung dienen soll. Die Asien-Pazifik-Leitlinien wurden im Kreise der betroffenen Ministerien der Landesregierung erarbeitet und bauen auf einem umfangreichen Beteiligungsprozess mit relevanten Stakeholdern auf.

Dynamischer Europapool

25 Jahre: Ein Vierteljahrhundert Dynamischer Europapool

Am 23. Oktober 2025 fand das Jahrestreffen des Dynamischen Europapools in Stuttgart statt, der in diesem Jahr das 25-jährige Jubiläums feiert.

Europa in der Mittagspause

Am 7. Oktober 2025 hat ein weiterer Teil der digitalen Veranstaltungsreihe „Europa in der Mittagspause“ stattgefunden. Dabei berichtete ein Pool-Mitglied von ihrer Verwendung beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Besondere Kooperationen

Das Staatsministerium kooperierte mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg bei der Durchführung des Projekts „Straßburgfahrten für kommunale Be dienstete“. Im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2025 wurden dabei vier Straßburgfahrten mit insgesamt rund 150 Teilnehmenden von Gemeinden, Kommunen und Landkreisen organisiert und umgesetzt.

Zudem kooperierte das Staatsministerium mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg bei der Durchführung zahlreicher Straßburgfahrten für Schulen. Im Rahmen dieser Projekte wurden insgesamt sieben Fahrten nach Straßburg für mehr als 500 Schülerinnen und Schüler ab der Klassenstufe 10 und deren schulische Multiplikatoren (Lehrkräfte) umgesetzt.

KI-Tagung für kommunale Bedienstete

Das Staatministerium und die Arbeitsgemeinschaft der Europakoordinatoren/Städtetag Baden-Württemberg luden am 6. November 2025 zu der Veranstaltung „KI in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit“ ein. Die Veranstaltung fand im Innovationspark Künstliche Intelligenz (IPAI) in Heilbronn statt und bot eine Plattform für Bedienstete der öffentlichen Verwaltung, um über die Auswirkungen und Möglichkeiten der Nutzung Künstlicher Intelligenz (KI) zu diskutieren und diese zu teilen.

Beiratssitzung Europa Zentrum Baden-Württemberg

Am 18. November 2025 fand die konstituierende Sitzung des Beirats des Europa Zentrums Baden-Württemberg statt. Neben dem Kennenlernen der neuen Beiratsmitglieder standen aktuelle europapolitische Themen der Landesregierung im Zentrum der Sitzung, über die Staatssekretär Florian Haßler mit den Anwesenden in einen lebhaften Dialog trat.

Netzwerktreffen 2025

Am 28. November 2025 fand das jährliche Netzwerktreffen für Mitglieder des Europa-Netzwerks in Baden-Württemberg (EZBW) in Stuttgart mit Staatssekretär Florian Haßler statt. Ein Vertreter der Europäischen Kommission informierte über aktuelle Themen auf EU-Ebene und führte in den thematischen Schwerpunkt der Veranstaltung ein, der dieses Jahr auf der europäischen Verteidigungspolitik lag. Es folgte der Vortrag eines Referenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) zum Thema „Europäische Verteidigungspolitik im Kontext multipler Krisen“. Anschließend diskutierten die Teilnehmenden über die aktuelle Europaöffentlichkeitsarbeit.

Verleih des Europa-Puzzles und Quizrads

Das Europa-Puzzle sowie das Quizrad des Staatministeriums werden auch weiterhin an Schulen sowie Europaakteure in Baden-Württemberg verliehen. Insgesamt konnten bislang weit über 3.000 Schülerinnen und Schüler aus über 100 verschiedenen Klassen im Alter zwischen sechs und 17 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Frankreich

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission für den Oberrhein feierte am 3. November 2025 ihr 50-jähriges Bestehen mit einem Festakt in Basel. Die Regierungskommission mandatierte bei der eigentlichen Sitzung unter anderem die national zuständigen Ministerien mit der Prüfung und Aufarbeitung einer Liste von 50 Grenzraumhürden. Die zweite Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) 2025 unter der Leitung der beiden Beauftragten für deutsch-französische Zusammenarbeit musste wegen Schwierigkeiten in der Terminfindung zwischen Berlin und Paris auf den 22. Januar 2026 verschoben werden.

Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR)

Am 2. Oktober 2025 fand in Freudenstadt die Sitzung der AG Internationale Kommunale Partnerschaften statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurde die EUSDR sowie die Rolle der kommunalen Partnerschaften im Rahmen der Unterstützung für die Ukraine thematisiert.

Am 4./5. November 2025 fand in Sarajevo, Bosnien und Herzegowina, das 14. Jahresforum der Europäischen Strategie für den Donauraum (EUSDR) statt. Das Forum stand unter dem Motto „Flowing Together, Growing Together“. Aus Baden-Württemberg war Staatssekretär Florian Haßler vertreten, der sich beim Treffen der für die EUSDR zuständigen Außenministerinnen und Außenminister über zentrale Themen des Donauraums austauschte und gemeinsam mit allen 14 Donauländern eine Gemeinsame Erklärung verabschiedete. In der Erklärung wurden die gezielten militärischen Angriffe Russlands auf die Ukraine sowie die Verletzung des Luftraums Rumäniens und der Republik Moldau verurteilt. Die für die EUSDR zuständigen Ministerinnen und Minister bekräftigten ihre Unterstützung für die Souveränität und Unversehrtheit der Ukraine sowie auch der Republik Moldaus und unterstrichen die Bedeutung des EU-Erweiterungsprozesses für Stabilität und Wohlstand in der Region. Besonders hervorgehoben wurde die Rolle der Jugend für die Zukunft des Donauraums: Investitionen in Bildung, Arbeitskräftemobilität und Unternehmertum sind entscheidend. Der Danube Youth Council und das Netzwerk der Donaujugendorganisationen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Das Jahresforum markierte den Abschluss der bosnisch-herzegowinischen EUSDR-Präsidentschaft, welche innerhalb der EUSDR jährlich rotiert. Sie fokussierte Themen wie regionale Kooperation, europäische Integration, grüne Transformation, Konnektivität sowie Fragen von Bildung und Arbeitsmarkt. Deutschland stellte gemeinsam mit Ungarn die zweitgrößte Delegation nach den Gastgebern BiH und von den insgesamt 40 deutschen Teilnehmenden kamen 37 aus Baden-Württemberg. Das Staatsministerium, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus waren vertreten. Seitens des Landtags haben Christoph Höh MdL und Guido Wolf MdL am Jahresforum teilgenommen, neben zahlreichen baden-württembergischen Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Am 12. November 2025 fand eine Interministerielle Arbeitsgruppe EUSDR und EUSALP statt, um die Zusammenarbeit innerhalb Baden-Württembergs im Rahmen der makroregionalen Strategien zu reflektieren. Die Kooperation im Rahmen der EUSDR war auch ein wesentlicher Inhalt der hochkarätig besetzten Wirtschaftskonferenz der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer am 27. November 2025 in Stuttgart. Am 1. Dezember 2025 luden das Staatsministerium, die Baden-Württemberg Stiftung und die Allianz für Beteiligung zu einer gemeinsamen Veranstaltung unter dem Motto „Vernetzt denken. Lokal handeln“ ein, um den Austausch und die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft im Donauraum und in Baden-Württemberg weiter zu stärken.

EU-Strategien für den Alpenraum (EUSALP)

Vom 22.-24. Oktober 2025 fand unter Beteiligung des Staatsministeriums ein Treffen des Executive Boards der EUSALP und des Board of Action Group Leaders in Salzburg statt. Themen waren insbesondere die Überarbeitung des Aktionsplans der Strategie.

Am 25./26. November 2025 fand das Jahresforum der Alpenraumstrategie in Innsbruck statt. Baden-Württemberg wurde durch Frau Staatssekretärin Sabine Kurz MdL vertreten. Unter dem Motto „Cooperation empowers Transformation“ legte der österreichisch-liechtensteinische Ko-Vorsitz des Jahresforums den Fokus auf die Energiewende, die Mobilitätswende und auf den Bereich kreislauffähiges Bauen und Sanieren. Mit dem Jahresforum in Innsbruck ging zugleich auch ein Wechsel des EUSALP-Vorsitzes einher. Bayern hat ab 1. Januar 2026 in der EUSALP die Präsidentschaft inne.

Vier Motoren für Europa

Im Rahmen der Europäischen Woche der Städte und Regionen (EWRC) organisierte die katalanische Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa am 15. Oktober 2025 in Brüssel eine Diskussionsveranstaltung mit Enrico Letta, ehemaliger italienischer Ministerpräsident und Präsident des Jacques-Delors-Instituts statt. Die Veranstaltung knüpft an den politischen Austausch der Vier Motoren für Europa mit Enrico Letta im März 2025 an.

Am 11. November 2025 nahm Staatssekretär Florian Haßler an der Kick Off-Veranstaltung des Projekts TALENT H2 CAT-BW in Barcelona teil. Das gemeinsame bilaterale Projekt zwischen Baden-Württemberg und Katalonien hat das Ziel, Promovierende und innovative Promotionsarbeiten im Bereich grüner Wasserstoff zu fördern. Das Projekt läuft von 2026 bis 2030 und wird von der EU mit 4,752 Mio. Euro gefördert. Es ermöglicht 40 grenzüberschreitende Promotionsarbeiten (20 pro Region). Die Federführung liegt beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, welches das Projekt, ebenso wie Katalonien, mit rund 1,5 Mio. Euro finanziert.

Vom 12. bis 14. November 2025 organisierte die katalanische Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa eine Incoming Mission nach Katalonien zum Thema Wasserstoff. Staatssekretär Florian Haßler eröffnete die Mission gemeinsam mit der katalanischen Wissenschaftsministerin Núria Montserrat Pulido. Die Incoming Mission diente dem Austausch von Wissen und bewährten Verfahren zwischen den Vier-Motoren-Regionen mit Schwerpunkt auf Wasserstoffforschung, Innovation und industriellen Anwendungen. Nach einer Auftaktkonferenz fanden verschiedene Präsentationen und Exkursionen zu Wasserstoff-Projekten und -Infrastrukturen in Katalonien statt. An der Mission nahmen Experten und Forscher im Bereich Wasserstofftechnologien und Dekarbonisierung teil sowie Unternehmen und industrielle Akteure aus allen vier Regionen.

Interreg Oberrhein

Der Begleitausschuss des Programms Interreg Oberrhein bewilligte bei seiner Sitzung am 25. November 2025 in Straßburg 13 neue Projekte, die mit rund 7,7 Mio. Euro durch die EU gefördert werden. Ebenfalls am 25. November 2025 fand in Straßburg die Feier zum 35jährigen Jubiläum des Programms Interreg Oberrhein statt. Zudem beschloss der Begleitausschuss des Programms die Gründung einer Ad-hoc-Gruppe zur Programmierung des Oberrhein-Programms in der kommenden Förderperiode nach 2027. Die Ad-hoc-Gruppe tagte erst-

mals am 12. Dezember 2025. In Anwesenheit einer Vertreterin der Europäischen Kommission äußerten sich die Mitglieder der Gruppe zu den Verordnungsentwürfen für die kommende Förderperiode, die die Europäische Kommission im Sommer 2025 vorgelegt hat.

Interreg ABH

Bei der Sitzung des Lenkungsausschuss am 10./11. November 2025 in München wurden insgesamt 22 Projektskizzen beraten, wovon zehn Anträge zur Antragstellung zugelassen wurden. Außerdem wurden sieben Projektanträge beraten, von denen insgesamt sechs genehmigt wurden. Das vom Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft eingebrachte Projekt zum Fischartenschutz und Kormoranmanagement wurde im Umlaufverfahren genehmigt. Am 11. November 2025 fand außerdem auch die erste Sitzung der Programmierungsgruppe für die kommende Förderperiode statt.

IV. Entwicklungspolitik

Auch im 4. Quartal des Jahres 2025 standen die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, die UN-Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals sowie das Pariser Klimaabkommen im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Nordirak

Staatssekretär Florian Haßler unternahm vom 18. bis 23. Oktober 2025 eine Delegationsreise in die Region Kurdistan-Irak (RKI) und traf vor Ort auf wichtige Projektpartner des Landes: die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg, die Schwäbische Zeitung („Helfen bringt Freude“) und Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan. Sie alle sind – neben zahlreichen weiteren Akteuren – Teil der „Partnerschaftsinitiative Nordirak“. Mit Gouverneur Prof. Dr. Ali Tatar unterzeichnete Staatssekretär Haßler eine bilaterale Absichtserklärung zur Fortführung und Vertiefung der Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und dem Gouvernement Dohuk. Die Delegationsreise zeigte die positive Wirkung des bisherigen baden-württembergischen Engagements in der RKI auf, verdeutlichte aber auch die nach wie vor großen Bedarfe vor Ort: Mehr als 1 Mio. Binnenvertriebene leben in der RKI, darunter rund 300.000 Ezidinnen und Eziden. In der Provinz Dohuk bestehen weiterhin 15 Camps für Binnenvertriebene. Perspektiven für eine Rückkehr dieser ezidischen Binnenvertriebenen in

ihre Heimatregion Sinjar gibt es kaum. Neben der Nothilfe sollen den Menschen daher verstärkt Perspektiven für eine Zukunft vor Ort aufgezeigt werden. Dabei geht es unter anderem um berufliche Bildung und Landwirtschaft und – zusammen mit den baden-württembergischen Kirchen – um ein verstärktes Engagement für die religiösen Minderheiten im Nordirak.

Am 25. November 2025 fand die Akteurskonferenz im Rahmen der Partnerschaftsinitiative Nordirak mit Beteiligung von Staatssekretär Florian Haßler im Neuen Schloss statt. Die Konferenz brachte Organisationen, Politik und Experten zusammen. Eine hochkarätig besetzte Expertenrunde diskutierte Aufarbeitung und Zukunftsperspektiven für Jesidinnen und Jesiden elf Jahre nach dem Genozid. Mit dem Ziel, die Lebenssituation der Menschen in den Regionen Dohuk und Sinjar zu verbessern und dem Ausbau des Akteurs-Netzwerks fanden verschiedene Themengespräche statt, in welchen konkrete Ideen der Zusammenarbeit diskutiert wurden. Die Partnerschaftsinitiative wird von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) umgesetzt. Ministerpräsident Kretschmann und Staatssekretär Florian Haßler empfingen am Rande der Akteurskonferenz Prof. Dr. Ali Tatar, Gouverneur der Provinz Dohuk, im Staatsministerium. Im Mittelpunkt des Austauschs stand die Vertiefung der Zusammenarbeit und der Blick auf gemeinsame Prioritäten.

Entwicklungspolitischer Dialog Welt:Bürger gefragt!

Zwei Jahre lang hat sich der Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) intensiv mit dem Fokusthema Ressourcengerechtigkeit befasst. Neben Veranstaltungen und politischen Gesprächen wurde zudem die Studie „Rohstoffbedarf Baden-Württemberg: Analyse, Risikobewertung und Zukunftskonzepte“ vom Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB), der Werkstatt Ökonomie und dem ifeu-Institut Heidelberg durchgeführt mit Förderung durch das Umweltministerium. Im Rahmen seiner jährlichen Klausurtagung am 24./25. November 2025 beschloss der REZ Empfehlungen zum Thema Rohstoffgerechtigkeit an die Landesregierung. Diese wurden an Staatssekretär Dr. Andre Baumann MdL übergeben und mit ihm diskutiert. Der REZ hat zum Jahresende 2025 mit Blick auf die nächste Legislaturperiode sein zweites Expert:innenpapier „Globale Verantwortung jetzt! – Warum wir Entwicklungspolitik made in Baden-Württemberg brauchen“ erstellt. Vor dem Hintergrund globaler Polykrisen zieht das Papier Bilanz über die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien in den vergangenen Jahren. Anhand von Beispielen aus Kommunen, Zivilgesellschaft, Schulen, Hochschulen, Wirtschaft und Migran-

tenorganisationen zeigt es, wie sehr Wohlstand, Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt im Land von stabilen globalen Beziehungen abhängen. Das Papier benennt die Stärken im Land, gibt einen Ausblick für künftiges Wirken und beinhaltet konkrete Empfehlungen für die Entwicklungspolitik.

Junges Engagement

Am 9. Oktober 2025 fand der „Junge Kongress: globally responsible – locally active“ des Netzwerks Junges Engagement für Eine Welt Baden-Württemberg in Mannheim statt. Zahlreiche junge Engagierte im Alter von 14 bis 27 Jahren versammelten sich, um ihre Perspektive zu globaler Verantwortung, Klimagerechtigkeit und aktivem lokalen Handeln zu teilen. Der Kongress bot mit kulturellen Impulsen, Workshops und dem Austausch mit Gemeinderäten und Verwaltungsmitarbeitenden eine Plattform für politische Diskussion und gemeinsamer Ideenentwicklung für nachhaltige, lokale Lösungen im Kontext globaler Verantwortung. Als erfolgreiches und empowerndes Format für junge Menschen fand der Kongress nach 2024 zum zweiten Mal statt (Ergebnisse auf Instagram unter @netzwerkjungesengagement). Ebenfalls am 9. Oktober 2025 unterzeichnete Staatssekretär Rudi Hoogvliet im Rahmen des 65-jährigen Jubiläums des entwicklungspolitischen Austausch- und Stipendienprogramms ASA in Berlin ein Memorandum of Understanding (MoU) (ASA-Länderpartnerschaft) zwischen dem Staatsministerium und der Engagement Global gGmbH, dem Träger des ASA-Programms. Dieses wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert (rund 97%). Die ASA-Länderpartnerschaften sind ein strategisches Instrument zur Förderung und Weiterentwicklung bestehender Partnerschaften von deutschen Ländern (Städte-, Regional- oder kommunale Partnerschaften). Baden-Württemberg ist mit dieser Länderpartnerschaft Pionier; sie zielt auf die Stärkung der Zusammenarbeit für die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, den Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen insbesondere nach Burundi und die Netzwerkerweiterung im Bereich des jungen Engagements.